

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

215 (10.5.1918) Mittagblatt





den Kriegsjahren.

... auf Dullecourt zu ... Angriffe zwischen ...

die Friedensfrage.

... Auf der Dullecourt ... hier heute der ...

Der Ukraine.

... Nach einer Meldung ... Präsident der ...

erhält sich ruhig.

... Aus Wien wird ge ... Seiten verbreitete ...

Erbe, das soll mich wenig

... Auch Kunde zugetrag ... möglich; ...

pflichtete Frau Sibilla

... benutzte ich mich von ... er oder darf ...

angesinnigter

... Morgenabend von ... Ungeheuerliche ...

folgt.

...

Verhaftet.

Basel, 8. Mai. Wie das Ukrainische Telegraphenbüro aus Kiev meldet, wurde General Murawiew unter der Anklage der Sabotage und anderer Verbrechen verhaftet.

Eine Erklärung Lenin und Trotzki's.

Basel, 8. Mai. Die Neue Korrespondenz gibt einen Bericht des Kampfs wieder, in dem es heißt: Lenin und Trotzki haben auf radiographischem Wege bekanntgegeben, dass der Oberkommandant der maximalistischen Streitkräfte in der Ukraine, Dmitschenko, seine Demission gegeben hat, nachdem sich seine Truppen aus der Ukraine zurückgezogen hätten und von der Regierung der Sowjets entlassen worden waren.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Mai 1918.

Am Bundesratsstische: Freiherr von Stein, Dr. Caspar.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 10 Min. Die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsamtes wird fortgesetzt.

Bei Kapitel 18 des Titels 1. fortdauernde Ausgaben (Reichsverwaltungsausgaben). Kartisch (F. Sp.): Eine Rentenerhöhung ist unbedingt notwendig. Aber die dadurch entstehenden Kosten müssen durch Erträge gedeckt werden.

Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Caspar geht auf die Anregung des Vorredners ein: Schon Mitte vorigen Jahres ist das Reichswirtschaftsamt mit der Herabsetzung in Verbindung getreten, um darauf hinzuwirken, daß die Beamten des Reichsverwaltungsamtes und der Berufsvereinigungen, soweit als möglich, aus dem Heeresdienst entlassen werden können.

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Freiherr von Stein: Es ist der Regierung bekannt, daß sich im Laufe des Krieges im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen Parteien bei der Durchführung der sozialen Berichtigung ergeben haben. Die Regierung sucht weitestgehend und ohne juristische Formalitäten diese Parteien zu mildern.

Reumann-Oster (F. Sp.): Wir begrüßen die Bemerkungen, das Los der Kriegsdienstverweigerer zu mildern. Dr. Baasche (natl.) bringt Spezialwünsche auf Einbeziehung von Betrieben im besetzten Gebiet zur Reichsverwaltung vor.

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Freiherr von Stein erklärt, daß sich die Zuständigkeit des Reichsverwaltungsamtes nicht auf das besetzte Gebiet erstreckt. Beim Titel: Beiträge zu den Kosten der Bearbeitung von Entwürfen für den Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes bestimmt.

Dr. Gugelmeier (natl.) den Ausbau der Wasserstraßen im Gebiet des Oberrheins: Deutschland und die Schweiz sollten in einen freien Meinungsausausch eintreten, um die von der einen oder anderen Seite bestehenden Bedenken in dieser Angelegenheit zu zerstreuen.

Dieb-Konstanz (Nat.) betont gleichfalls die Wichtigkeit der Kanalfrage, besonders für die großen Betriebe: Unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist der Ausbau des Oberrheins bis Basel. Nur der weitere Ausbau bis zum Bodensee vermag auch den Interessen der Oberrheinschweiz zu werden. Sind die Verhandlungen mit der Schweiz über diese Frage im Gange und hat Oesterreich-Ungarn seinen Standpunkt zu dieser Frage bereits kundgegeben?

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Freiherr von Stein: Verhandlungen über die Kanalfrage sind seit längerer Zeit eingeleitet und nähern sich ihrem Abschluß. Die Angelegenheit wird sowohl vom Reich wie auch von den Bundesstaaten weitestgehende Förderung erfahren. Die Arbeiten sind noch nicht so weit gediehen, daß wir schon jetzt damit an die Öffentlichkeit treten können.

Aus der Rheinisch-Westfälischen Industrie: Die Haltung der Schweiz in dieser Angelegenheit entspricht den mit ihr bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Es besteht keinerlei unüberwindliche Gegensätze. Der Ausbau der gemeinsamen Wasserstraßen bis Konstanz ist in Aussicht genommen.

Es folgt die Beratung der Berichte des sechsten Ausschusses (Handel und Gewerbe) über Petitionen. Krähle (Soz.) ist mit der Handhabung bei der Stilllegung von Betrieben unzufrieden und geht besonders auf die Verhältnisse in der Textilindustrie ein. Es muß ein vorläufiger Ausschuss des Reichswirtschaftsamtes gebildet werden, der sich mit der Frage der Stilllegung beschäftigen hat.

Darauf tritt um 6 Uhr Vertagung ein. Nächste Sitzung Freitag, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr.

Fortsetzung des Staats des Reichswirtschaftsamtes, Reichsminister, Reichsstaatskommissar.

Der Hauptausschuss über die Ostpolitik.

Berlin, 8. Mai. (W. Z.) Der Hauptausschuss des Reichstages fehte heute seine Beratung über die Ostpolitik fort.

General v. Weisberg bemerkte zu der gestern gestellten Anfrage, ob deutsche Truppen auf dem Vormarsch nach Petersburg begriffen seien. Der Obersten Heeresleitung sei davon nichts bekannt. Deutsche Truppen kämen unter keinen Umständen bei den in den gestrigen Abendblättern gemeldeten Vormärschen in Betracht.

Unterstaatssekretär Eder v. Braun bespricht die Lage in der Ukraine, wobei er u. a. ausführte: Man hat mir vorgeworfen, daß ich der ukrainischen Regierung geraten hätte, den Bauern sollte gegen die Lieferung von Getreide die Erwerbung von Land in Aussicht gestellt werden. Ich hatte in der Ukraine lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu betonen. Dazu gehört nicht nur die gegenwärtige Lage zu berücksichtigen, sondern auch die Lage im nächsten Erntejahr. Das hat die ukrainische Regierung durchaus anerkannt und mit uns einen Ausschuss für Agrarfragen gebildet. Dieser Ausschuss hat länger als drei Wochen beraten. Er ist aber zu keinem Ergebnis gelangt, weil die ukrainische Regierung niemals bereit war, die Universalien drei und vier aufzugeben. Wenn der Vizepräsident meinte, Solubowitsch habe sich am 27. März dazu bereit erklärt, so ist das nicht entscheidend. Denn maßgebend für die ganze Politik war nicht Solubowitsch, sondern der Präsident der Rada Dr. Fruschewski. Der Vorschlag ist übrigens nicht von mir gemacht, sondern auch von den ukrainischen Vertretern der Mittelmehrheit unterstützt worden. Es war der einzige Weg, die Frühjahrsernte zu sichern. Wir hatten nur die Interessen Deutschlands zu vertreten. Daran mußten wir uns halten und wir werden uns auch in Zukunft daran halten. Aus der Tatsache, daß der Petman Skorpowski jetzt auf diesen Gedanken eingegangen ist, zu folgern, das Beweise, daß wir ihn eingeleitet haben, geht doch wohl zu weit. Ich habe nicht gesagt, daß die Bauern nur im Wege des Ankaufs zur Herabsetzung des Getreides zu veranlassen seien. Selbst wenn wir aber durch Zwangsmaßnahmen die Bauern zur Erfüllung der Vertragsbestimmung der Ukraine zwingen könnten, könnte ich darin nichts ungewöhnliches sehen, wo wir doch in Deutschland, wenn der Landwirt und der Bauer seiner Schutzpflicht nicht nachkommt, in vielfach sogar durch militärische Zwangsmaßnahmen zwingen. Wir wollen durchaus nicht unbilligerweise mit Zwangsmaßnahmen gegen die ukrainische Regierung vorgehen, sondern wir wünschen einen ansehnlichen freien Verkehr und sind durchaus bereit, den Leuten die Austauschwaren zu bieten, wonach sie verlangen. Das sind in erster Linie landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Klein-Eisenwaren. Wir sind schon dabei, alle derartigen Geräte, die in Deutschland entbehrt werden können, nach der Ukraine zu schaffen, ebenso auch andere Bedarfsartikel, die in einem besonderen Ausmaß in der Ukraine die jüdischen Händler auszusuchen. Wir können garnicht ausschließlich durch behördliche Maßnahmen oder durch deutsche Händler das Getreide erhalten, sondern der ganze Plan für den Ankauf von Nahrungsmitteln in der Ukraine basiert auf der Heranziehung der ansehnlichen jüdischen Händler.

Die Beratung des Branntweinmonopols.

Berlin, 8. Mai. Der Reichstagsausschuss für die Beratung des Branntweinmonopols fehte heute gleichfalls seine Beratungen fort. Die augenblickliche Lage ist, daß die Fortschritte das Monopol überhaupt ablehnen wollen. Das Zentrum ist nur für ein Großhandelsmonopol zu haben. Die Sozialdemokratie wird, wenn sie das Erzeugungsmonopol nicht erreichen kann, zunächst für die Regierungsvorlage, dann aber für das Großhandelsmonopol stimmen. Konervative, Freisinnige und Nationalliberale stellen sich zunächst auf den Boden der Regierungsvorlage. In der weiteren Aussprache wurde noch einmal die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes hervorgehoben, das das beste Viehfutter liefert. Immer wieder wurde erklärt, daß man von den jetzigen Ausnahmeständen nicht die Gestalt eines Gesetzes abhängig machen dürfe, das doch für den Frieden gelten solle, in dem eine Kartellvereinbarung herrschen werde. Von anderer Seite wurde demgegenüber betont, es sei vorzuziehen, dann die Kartoffeln direkt zu verfeuern, da die Schlampe zu 98 Prozent aus Wasser bestehe. Den notwendigen Spiritus solle man sich auf chemischem Wege beschaffen. Jedenfalls sei das Brennereigewerbe nicht unbedingt notwendig für die Erhaltung der Landwirtschaft. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Die Getränkesteuer im Ausschuss.

Berlin, 8. Mai. (W. Z.) Im Ausschuss des Reichstages zur Vorbereitung des Getränkegesetzes sagte der Staatssekretär Graf Noebers u. a.: Einer Herabsetzung der Weinsteuern von 20 Prozent auf 10 Prozent, die Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittliche beantragen, würde sicher bald eine Erhöhung von 20 Prozent folgen. Die gestellten Anträge sind für die Finanzverwaltung wenig erfreulich. Ihre Annahme würde den Ertrag aus der Weinsteuern fast auf Null herabsenken müssen. Dies wäre angesichts der hohen Besteuerung von Bier und Branntwein ungerecht. Ein gewisser Fortschritt liegt darin, daß sich nunmehr die Vinke nicht mehr völlig ablehnend gegen die indirekten Steuern verhält. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung aller übrigen Anträge die Anträge auf Herabsetzung der Weinsteuern von 20 Prozent auf 10 Prozent angenommen und mit dieser ebenfalls § 1.

Chronik.

Rus Baden.

Stuyferin, 8. Mai. Am Dienstag Abend von 8 bis 9 Uhr wurde der hiesige Ort von einem furächtbaren Gewitter mit Hagel und Schlag heimgesucht. Auf Wis, Schlag auf Schlag erfolgten; zwei Häuser trafen der Blitz, ohne zu zünden; die Bewohner kamen mit dem Schrecken davon. Auf Telegraphenstangen wurden durch Blitzschlag in Stücke zerissen. Die ältesten Einwohner können sich nicht erinnern, ein ähnliches Gewitter erlebt zu haben.

Mannheim, 8. Mai. Ein verdienstvoller Mann ist von der Erde abgegangen: der Syndikus der Mannheimer Handelskammer Karl Hauser sen. Der Verlebte war am 4. Februar 1850 zu Mosbach geboren. Er besuchte das Lehrerseminar in Karlsruhe und das Polytechnikum, war dann in Schwetzingen an der Gewerbeschule bis 1880 tätig, von wo er nach Mannheim zuerst an die Gewerbeschule, dann an die Volkshochschule gerufen wurde. Der Mannheimer Handelskammer gehörte er seit deren Gründung 1901 als Syndikus an. Es folgte hat er im ganzen Bezirk der Kammer eine überaus fruchtbare Tätigkeit in Wort und Schrift für die Beratung und Belehrung des Handwerkerstandes entfaltet.

Weinheim a. d. B., 8. Mai. In Rühlenschen hat Bürgermeister Wildenberger aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Die Frühlingsarbeiten zeigen einen schwachen Verlauf, da die Kirchenblüte in den gering geschätzten Tagen zum Teil erkront ist.

Baden-Baden, 9. Mai. Die Frequenz der zur Kur sich hier aufhaltenden Fremden erreichte heute die Zahl 9347. Der Schwefelregen, der aus unserer Gegend gemeldet wurde, wurde auch in den Umgebungen von Offenburg, Lahr und Freiburg beobachtet.

Wahl, 9. Mai. Der 27jährige Uelander Steuerer in Büblersal gab im Nebgelände einen Schuß ab, der den 17jährigen Dümmler traf und tötete.

Lahr, 9. Mai. Nach der Lahrer Zeitung wird im Subteritaler lebhaft Klage geführt über eine große Schuchtslage.

Willingen, 9. Mai. Der 27jährige Sohn des Landwirts Franz Josef Kause erkrankt beim Baden in der städtischen Kiesgrube.

Mühlheim, 9. Mai. Aus unserer Gegend wird das zahlreiche Aufstehen des Rebflüchters gemeldet.

Freiburg, 9. Mai. Im Kaiserstuhl haben die Kirchen gut angelegt; dagegen sieht es mit dem Kernobst weniger erfreulich aus.

Buchholz, 9. Mai. Die unlängst schwer verunglückte Hilfsbrennerin Frieda Müller aus Blauenloch ist, wie die Freiburger Zeitung meldet, entgegen anderen Berichten, noch nicht gestorben.

Kabelfeld, 9. Mai. Wie man der Freien Stimme mitteilt, ist man zwei hiesigen Wädern auf die Spur gekommen, daß sie mehrere Zentner Weiz zu rückbehalten und das Brot mit anderen Zusätzen gestreift haben. Das unredlich beseitigte Weiz sollen sie zu teuren Preisen an Konditoreien verkauft haben. Der zweite Dieb, der an dem vor kurzem aufgedeckten Postdiebstahl beteiligt war, ist in der Person eines 17jährigen Jünglings namens Niefer gefunden und eingekerkert worden. Wie aus Vorhanden mitgeteilt wird, durchsuchte im Felde eine feindliche Kugel den Schenkel des aus Vorhanden stammenden Musikers Franz Ellensohn. Das Geschloß erschoßte dann sein Gewehr und blieb in der mit Briefen gefüllten Brieftasche stecken.

Konstanz, 9. Mai. Nachdem die umfangreichen Vorarbeiten zur Verlebung der badischen Bodenseefischer und zur Beschaffung und Verteilung des Betriebsmaterials durchgeführt sind, wird die Fischerei in der demnächst ihren Anfang nehmen.

Pfägen an die Leiffrent.

Berlin, 9. Mai. (W. Z.) Im Ausschuss an die kürzlich erfolgte Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß nunmehr auch der Verkauf von Feldspießpfeilen von 50 bis 550 Gramm nach der Weisfront wieder freigegeben ist.

Aus anderen deutschen Staaten.

Berlin, 9. Mai. (W. Z.) In dem Getreidespeicher des städtischen Gutes Großbeeren ist in der letzten Nacht 2 Uhr ein Brand ausgebrochen. Von den dort lagernden 500 Tonnen Getreide, das seitens verschiedener Kommunalverbände zur Vermahlung in die mit dem Speicher verbundenen Mühlen eingeliefert waren, ist etwa die Hälfte verbrannt, während die übrige Menge ebenso wie die in dem Speicher lagernden Weizenkörner geteilt werden konnten. Die Ursache des Brandes ist noch nicht sicher aufgeklärt, ist aber wahrscheinlich Selbstentzündung. Der Speicher war Tag und Nacht bewacht. Die Wache war zuletzt um 1 Uhr nachts revidiert worden.

Locales.

Karlsruhe, 10. Mai 1918.

Aus dem Hofbericht. Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing am Mittwoch den Geheimen Legationsrat Dr. Sehn, den Minister Dr. Düring und den Geheimrat Dr. Freiherrn von Dado zum Vortrag.

Aus der Pfarrgemeinde St. Bernhart. Herr Kaplan Lorenz, dessen Gesundheitszustand seit einiger Zeit zu wünschen übrig ließ, ist nun, wie wir hören, beurlaubt worden. In seine Stelle wurde Herr Vikar Josef Ruem in Wolmutingen, der schon einmal in Karlsruhe in der Stadtpfarrei St. Stephan tätig war, an die St. Bernhartspfarrei berufen; nach Wolmutingen kommt Herr Vikar Karl Rorch in Loitzpotten. Diese Veränderungen erfolgten auf den 7. Mai.

Der Nationale Frauendienst beschäftigt in den nächsten Wochen einige Kurse im Anfertigen und Flicken von Schuhen in verschiedenen Stadtteilen zu veranstalten. Der erste Kurs wird in der Karl-Wilhelmschule, Oststadt, von Montag, den 13. Mai bis Samstag, den 18. Mai stattfinden. Frau Raub hat sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, die Leitung der Kurse zu übernehmen und geeignete Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Die Schulstunde haben sich in Karlsruhe schon seit Jahren bewährt, und hoffen wir, daß sie auch dieses Mal zu dem erwarteten Erfolg führen. Näheres siehe Anzeige.

Resitationsabend Ewald Schindler. Der Resitationsabend, an dem Ewald Schindler, das frühere Mitglied des Hoftheaters, im Rahmen des Vortragsabends, die neue Dichtung vorträgt, wird auf Mittwoch, den 22. Mai, verlegt, weil am 17. Mai bereits eine literarische Veranstaltung stattfindet, die ebenfalls großes Interesse in den kunstliebenden Kreisen begegnen wird. Ewald Schindler wird aus Werken von Werfel, Voelke, Sternheim, Brod und Däubler vortragen. Der Abend findet halb 8 Uhr abends im kleinen Saal des Konzertsaales statt.

Krisis des englischen Ministeriums.

Die Minister Lloyd George und Bonar Law der Unwahrigkeit beschuldigt.

Saar, 8. Mai. (N. B. Adstg.) Der Brief des Generals Maurice hat in ganz England große Aufregung hervorgerufen. Allgemein glaubt man, falls die Nichtigkeit seiner Erklärungen bestätigt wird, eine Krise entstehen muß, die das Kabinett kaum überleben wird. Die Beschuldigungen, die Maurice gegen Lloyd George und Bonar Law richtet, gehen darauf hinaus, daß Lloyd George das Parlament absichtlich irre geführt habe, als er bei der Einreichung der neuen Dienstpflichtvorlage erklärte, daß das Meer in Frankreich am 1. Januar 1918 zahlend stärker gewesen sei als von einem Jahre und daß die aus Belgien bestehenden Divisionen in Mesopotamien und Palästina nur eine unbedeutende Stärke hätten.

Aus diesen Mitteilungen des Premierministers würde hervorgehen, daß die Regierung getan hat, was sie konnte, sodas die volle Schuld für das Nisastro der englischen Armee bei der neuen deutschen Offensive nicht auf dem Kabinett, sondern auf dem Militär lasten würde. Dieser Versuch, die auf dem Kabinett lastende Verantwortlichkeit vor sich abzuwälzen und die Heeresleitung damit zu belasten, wird als große Niederträchtigkeit angesehen, besonders da bereits mehrere Offiziere in diesem Zusammenhang

ihres Amtes entzogen und gegen andere Untersuchungen eingeleitet wurden.

Notterdam, 8. Mai. (W. Z.) Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London vom 7. Mai: Man hält die Lage für äußerst ernst, da die Regierung erklärt hat, daß die Annahme des von Asquith angefordigten Antrages auf Ernennung einer Kommission des Unterhauses zur Untersuchung der von Maurice gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen, als ein Misstrauensvotum anzusehen und sofort zurücktreten wird.

Die Parteien und das Ministerium.

London, 8. Mai. (W. Z.) Neuer. Das unionistische Kriegsministerium fehte heute abend eine Sitzung ab, in der die Angelegenheit Maurice besprochen und beschlossen wurde, die Regierung morgen bei allen Abstimmungen zu unterstützen. Es verläutet, daß das liberale Kriegsministerium einen ähnlichen Beschluß gefaßt hat. Das Verhalten der Arbeiterpartei wird von dem Verlaufe der Debatte selbst abhängen. Man glaubt nicht, als ein Misstrauensvotum anzusehen und sofort zurücktreten wird.

Antrag Asquith auf Einsetzung einer Sonderkommission abgelehnt.

London, 9. Mai. (W. Z.) Unterhaus. Neuer. Das Haus war gedrängt voll, als sich gestern nachmittags Asquith erhob, um seinen Antrag auf Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung der in dem Brief des Generals Maurice enthaltenen Angaben zu begründen. Die Logen der Gesandtschaften und der Lords, sowie die Tribünen waren dicht besetzt. Unter den Besuchern befand sich auch der italienische Vizegouverneur Asquith erklärte, die in Wirklichkeit ganz einfache Angelegenheit scheine zu einem guten Teile mißverstanden zu werden. Weber der Widrigkeit nach, noch tatsächlich sei sein Antrag ein Misstrauensvotum für die Regierung. Wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, das Haus um die Annahme eines Misstrauensvotums zu ersuchen, so würde er den Mut gehabt haben, dies in direkter und unabweisbarer Form zu tun. In Bezug auf den Brief des Generals Maurice sagte Asquith, Maurice mußte gewußt haben, daß er einen ernstlichen Bruch der Dienstvorschriften begehe und seine ganze militärische Zukunft gefährde. Asquith widersprach der Anregung einer Untersuchung durch zwei Richter und gab der Meinung Ausdruck, daß ein Schiedsgerichtsausschuss von 5 Abgeordneten wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen zu einer Entscheidung kommen könne.

London, 9. Mai. (W. Z.) Unterhaus. Neuer. Das Unterhaus hat den Antrag Asquith mit 293 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

König Konstantin von Griechenland.

Berlin, 9. Mai. (W. Z.) (Schweizerische Delegationen.) Nach der leichten Operation eines Abzesses, der mit der früheren Krankheit des Königs nicht zusammenhängt, ist König Konstantin aus der Klinik Sauerbruch in seine Villa zurückgekehrt. Dort hatte er darauf einen Anfall von Influenza. Die Krisis der Krankheit war am Sonntag überstanden. Das Fieber ist beinahe ganz gesunken, das Allgemeinbefinden befriedigend, die Befahrung hält an.

Spanien.

Madrid, 8. Mai. (W. Z.) Agence Havas. Die Wälder melden, daß die Regierung demnächst die gesamte Handelsflotte mit Beschlag belegen werde.

Kämpfe in Flandern und an der Somme.

Berlin, 9. Mai. (W. Z.) Die Kämpfe des gestrigen Tages spielten sich wiederum auf den Hauptkampfpfählen in Flandern und an der Somme ab. Größeren Umfang nahmen sie in Flandern in der Gegend südwestlich Boornzele und östlich des Wydenbades an. Hier brachte uns ein Vorstoß zur Verbesserung unserer Stellung vollen Erfolg. Außer den 670 Gefangenen wurde ein Feldgeschütz, größere Bestände an Artilleriemunition, sowie zahlreiche Maschinengewehre erbeutet. Unter den Gefangenen befanden sich ein englischer und ein französischer Bataillionsführer. Die blutigen Verluste des Feindes waren äußerst schwer. Gegen die neuangewonnenen deutschen Stellungen freigelegte sich das feindliche Artilleriefeuer im Laufe des Nachmittags zu immer größerer Stärke. Nach heftigstem Trommelfeuer setzte der Feind um 8 und 11 Uhr abends zwei Gegenstöße an, die trotz rücksichtslosen Einsatzes starker Kräfte teils in unserem Abwehrfeuer, teils im Nachkampf und Gegenstoß blutig scheiterten. Während hier der deutsche Vorstoß voll gelang, hatte der Feind nach ausgiebiger Feuerbereitung abermals einen groß angelegten Angriff gegen das Kemmelgelände unternommen. Dieser französische Angriff, der absichtlich durch unsere Vorposten in den Raum beiderseits der Straße Meninges-Hemmel beschränkt wurde, scheiterte, soweit er nicht bereits in unserem Vernichtungsgewehr zusammenbrach, restlos im Nachkampf. Auch hier waren die Verluste des Feindes außerordentlich schwer. Zahlreiche Gefangene, die an dieser Stelle ebenfalls in deutsche Hände fielen, gehörten unter anderen zwei neuen, in Flandern eingefestigten französischen Divisionen an. Der immer weiteren Umfang annehmender französischer Einjah und die vergeblichen Opferreichen Angriffe tragen nur noch bei, in immer höherer Maße die feindlichen Reserven zu schwächen. Am Ducebach und auf dem Westufer der Aare hielt starke Feuerkraft an. Ein feindlicher Vorstoß an der Straße Bray-Corbis blieb wiederum erfolglos. Bei Muehr des australischen Angriffes beiderseits dieser Straße nahmen wir in der Nacht vom 7. zum 8. Mai 4 Offiziere und 41 Mann gefangen und brachten mehrere Maschinengewehre ein. In den wiederholten Angriffen haben hier vor allem die Australier schwerer bluten müssen.

Madrid, 9. Mai.

Madrid, 9. Mai. (W. Z.) Agence Havas. Infantin Maria del Pilar, die 5jährige Tochter des Prinzen Ferdinand von Bayern und der verstorbenen Infantin Maria Theresia, ist gestorben.

Konstantin.

Mailand, 8. Mai. (W. Z.) Die Wälder melden aus Rom, der Kommandante Emanuele Barobi, Präsident der italienischen Wehrerschaften, sei in Genoa unter den schwersten Anschuldigungen verhaftet worden. Die Verhaftung, die vor einiger Zeit erfolgt sein dürfte, wird vom der Feind erst jetzt bekannt gegeben.

